

PRESSEINFORMATION

Erfurt, den 04.08.2011

Mohrings wohlfeile Vorschläge im Sommerloch

„Die Bürger erwarten von der Landespolitik Taten und Entscheidungen und nicht wohlfeile Worte im Sommerloch“, reagiert Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, auf Vorschläge des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mohring, der heute in Medien zitiert wird, dass er sich für niedrigere Standards bei der Abwasserentsorgung ausgesprochen hat.

Dass sich die CDU veranlasst sieht, die bisherige Abwasserpolitik in Frage zu stellen und über neue Wege nachzudenken, wertet der Abgeordnete als ersten Erfolg des Volksbegehrens „Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben“. Kuschel erinnert an die Forderungen der LINKEN, die noch geplanten Investitionen im Abwasserbereich in Höhe von über drei Milliarden Euro kritisch zu hinterfragen, die bisher an der Blockadehaltung der CDU gescheitert seien. Dabei verweist er auch auf das erst Ende vergangenen Jahres gemeinsam mit den Bündnisgrünen im Landtag eingebrachte „Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbau- Abwasserbeiträge“.

„Es bleibt abzuwarten, ob CDU und Landesregierung tatsächlich bereit sind, umzudenken oder ob es sich nur um einen weiteren Profilierungsversuch Mohrings handelt“, sagt Kuschel und kündigt eine parlamentarische Initiative im Innenausschuss an. Die Ursachen der hohen Kosten der Abwasserbeseitigung seien nicht nur überdimensionierte Investitionen, falsche Förderpolitik und ineffiziente Verbandsstrukturen, „vielmehr ist die Finanzierung der Abwasserinvestitionen über Beiträge die Hauptursache für die Kostenexplosion“, sagt der Kommunalexperte. Analysen hätten gezeigt, dass gerade die Zweckverbände, die keine Beiträge erheben, auch keine überhöhten Gebühren haben. „Die Beitragserhebung ist folglich eine ‚Einladung‘ an die Zweckverbände, für Abwasserinvestitionen nach dem Motto ‚Wir bauen, koste es, was es wolle, zahlen tut eh der Bürger‘“, so Kuschel weiter. Die vom Verbrauch völlig entkoppelte Beitragserhebung gehöre deshalb entsprechend der Forderung der Bürgerinitiativen und auch nach Überzeugung der LINKEN abgeschafft.

„Die vollständige Refinanzierung der Investitionen über die Gebühr, wie sie Gegenstand des Volksbegehrens ist, zwingt die Verbände zu effizientem Handeln, da sich jede Investition finanziell auf die Bürger auswirkt“, sagt Kuschel und dankt den Unterstützern des Volksbegehrens und den Initiatoren der Thüringer Bürgerinitiativen unter dem Dachverband der Bürgerallianz.